

Beschluss des Landrats vom 11.02.2021

Nr. 774

10. Strategie zur Senkung CO₂- und Energieverbrauch im Mobilitätsbereich 2013/369; Protokoll: gs

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) sagt, das Postulat fordere vom Regierungsrat eine langfristige Strategie zur Reduktion des CO₂-Verbrauchs im Bereich der Mobilität. Es war ein sehr umfassendes Postulat, sollen doch alle relevanten Themen der Mobilität einbezogen werden, welche den MIV, den ÖV, den Velo- und den Fussverkehr betreffen. Die Raumplanung, die Luftreinhaltung und die generelle CO₂-Reduktion sollen in die Strategie einbezogen werden – und es sollen Ziele und konkrete Massnahmen aufgezeigt werden. In ihrer Antwort weist die Regierung auf viele Massnahmen hin, welche sie in dieser Frage bereits gut umsetze. Sie sagt auch, dass sie die Ziele des Bundes und des Pariser Klimaabkommens unterstütze. Sie sagt, dass eine strategische Grundlage für den Kanton zwar wichtig sei, kommt aber in ihrer Analyse zum Schluss, dass es nicht zielführend sei, für das spezifische Thema eine separate Strategie auszuarbeiten. Sie zeigt auch auf, dass viele Massnahmen gar nicht in ihrer Kompetenz liegen, sondern dass der Bund handeln muss. Zudem müsse man den CO₂-Ausstoss in der Mobilität zusammen mit dem Klimaschutz integral behandeln. Auch deshalb sei es nicht zielführend, eine separate Strategie auszuarbeiten. Das Thema werde von der Regierung in der Steuerungsgruppe Klimaschutz und ausserdem in den strategischen Handlungsfeldern des kantonalen Richtplans und des Agglomerationsprogramms sehr aktiv verfolgt. Darum beantragt der Regierungsrat, das Postulat von 2013 abzuschreiben.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Kommission nahm sehr wohlwollend zur Kenntnis, dass bereits viel passiert ist – und der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen gehandelt hat und das Thema breit und sehr aktiv bearbeitet (sei es bei der Bearbeitung des parlamentarischen Auftrags für Velo-Schnellverbindungen, bei der Beschaffung von Elektrofahrzeugen und -bussen oder auch beim Einsatz für den Ausbau des Bahnnetzes). Im Rahmen des Klimaberichts hat die Regierung zudem aufgezeigt, wie sie sich organisatorisch aufstellen will. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang auch das Job-Ticket erwähnt; die Einführung würde aber einen politischen Entscheid benötigen; weil dies zusätzlich finanziert werden müsste. Allerdings hat das Postulat explizit eine Strategie gefordert – und hier war sich die Kommission nicht ganz einig, ob die Antwort der Regierung ausreichend ist. Das Fazit der Diskussion: Die Kommission beantragt dem Landrat mit 9:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Ursula Wyss Thanei (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion den Argumenten der Regierung folge. Man gibt ebenfalls einer integralen Klimastrategie den Vorzug. Der Regierungsrat hat mit dem Status-Bericht Klima die Ausgangslage sehr gut aufgezeichnet; wo man steht, welche Hebel der Kanton hat – auch im Mobilitätsbereich – und wie er vorgehen will bei der Erstellung einer Klimastrategie. Die SP ist der Meinung, dass man die Klimastrategie abwarten soll – auch angesichts der verschiedenen Massnahmen, die bereits umgesetzt respektive angeschoben wurden. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Abschreibung.

Vor sieben Jahren, so sagt **Stephan Ackermann** (Grüne), hat der Landrat das Postulat 2013/369 von Philipp Schoch überwiesen. Heute liegt nun der Bericht dazu vor – sowie der Antrag auf Abschreibung des Postulats. Der Landrat wollte geprüft haben, ob und wie eine langfristige Strategie zur Reduktion des CO₂-Ausstosses im Bereich der Mobilität im Baselbiet aussehen könnte. Konsterniert muss man festhalten, dass auch sieben Jahre nach der Einreichung keine gesamt-

heitliche Strategie zum CO₂-Ausstoss im Bereich der Mobilität vorliegt. Die Regierung kommt zum Schluss, dass es keine separate CO₂-Strategie bei der Mobilität brauche. Es ist enttäuschend, dass der Regierungsrat – wie es scheint – im Bereich der Mobilität, die für 43 % des CO₂-Ausstosses im Baselbiet verantwortlich ist, sowohl auf der strategischen wie auch auf der Massnahmenebene konzeptlos unterwegs ist. Wenn das anders wäre, hätte der Regierungsrat zur Beantwortung des Postulats nämlich ein Konzept – ob integral oder separat – vorlegen können. So macht es aber den Eindruck, dass die Regierung sich hinter den verschiedenen geplanten Gremien und zukünftigen Landratsgeschäften versteckt. Sieben Jahre nach der Überweisung liegt nichts Konkretes auf dem Tisch. Dass das Postulat nun abgeschrieben werden soll, ist ein Hohn. Die Regierung ist noch nicht bereit – man sollte ihr nochmals etwas Zeit geben, ihrem Auftrag aus dem Jahr 2013 nachzukommen. Dann weiss man nämlich, ob hinter den Versprechungen im Status-Bericht Klima wirklich etwas steckt. Für die Fraktion ist die Regierung zu zögerlich unterwegs. Sie verlangt, dass der Regierungsrat die Möglichkeiten zur Reduktion des CO₂-Ausstosses auch im Bereich der Mobilität ausschöpft. Die Zeit des Abwartens und Aussitzens ist vorbei. Die Fraktion ist gegen die Abschreibung des Postulats.

Das Postulat des heutigen Gemeinderatskollegen von **Stephan Burgunder** (FDP) fordert eine Strategie, aber auch konkrete Ziele und Massnahmen, um den CO₂-Ausstoss im Bereich der Mobilität zu reduzieren. Die wichtigsten Stellschrauben zur CO₂-Reduktion in der Mobilität liegen in der Kompetenz des Bundes. Trotzdem verfügt der Kanton über strategische Grundlagen zur CO₂-Reduktion, wie beispielsweise den KRIP. In der Mobilität ist er zudem mit eigenen Massnahmen aktiv. Auf strategischer Ebene beabsichtigt der Regierungsrat, eine Organisation Klima Basel-Landschaft ins Leben zu rufen. Stephan Ackermann selber hat 2019 ein Postulat «Klima-neutrales Baselbiet» eingereicht. Es wurde 2020 überwiesen. In der Schweiz können CO₂-Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie gesenkt werden. Stephan Ackermann fordert darum in seinem Postulat, dass der Regierungsrat Massnahmen zur Erreichung der Zielvorgabe über alle Bereiche aufzeigt. Genau das ist der richtige Weg. Stephan Ackermann, so der Eindruck, hat dies erkannt. Es braucht eine gesamtheitliche Strategie; nicht etwas für die Gebäude, etwas für den Verkehr und etwas für die Industrie. Das Zusammenspiel ist entscheidend. Darum war der Redner für Überweisung. Im kommenden Frühjahr sollte auch der erste Bericht zur kantonalen Energieplanung vorliegen. Es ist davon auszugehen, dass man dort über Strategien und notwendige Massnahmen diskutieren wird; damit man das Ziel zusammen erreicht – integral und gesamtheitlich über alle Bereiche. – Aus Sicht der FDP hat der Regierungsrat geprüft und berichtet. Das Thema ist angekommen. Man darf Regierungsrat Isaac Reber vertrauen. Darum kann man das Postulat abschreiben.

Mit der langen Behandlungsfrist des Vorstosses von 2013, so bemerkt **Markus Dudler** (CVP), ist die Fraktion ausdrücklich nicht zufrieden. Sie schliesst sich jedoch der Stellungnahme der Kollegin Wyss und des Kollegen Burgunder an. Neben den vom Kommissionspräsidenten erwähnten Mittel sind der Status-Bericht Klima mit seinen vielen Zielen und geplanten Massnahmen sowie die hängige Klimaschutzinitiative zu erwähnen. Man beantragt die Abschreibung des Vorstosses. Ihn stehen zu lassen, wäre eine rein populistische Zwängerei.

Die Klimakrise ist die existenzielle Krise des letzten und des laufenden Jahrhunderts, sagt **Bálint Csontos** (Grüne). Der Regierungsrat hat in diesem Jahr bewiesen, dass er in Krisen schnell und reflektiert handeln kann. Warum er dies im vorliegenden Fall verweigert, ist nicht zu verstehen. Es ist nach wie vor offensichtlich, dass in der BUD angesichts der Krise ein unhaltbarer «lack of ambition» vorhanden ist. Sie schiebt Sachen hinaus. Dass eine Seite von Zwängerei spricht, ist doch eher speziell; nachdem ein Vorstoss des Landrats acht Jahre warten musste und man ihn dann abschreiben will. So geht es nicht. Man erhält vom Regierungsrat in letzter Zeit immer, wenn es

ums Klima geht, Versprechungen, wonach man das jeweils spezifische Thema anpacken wolle – aber in einem anderen Kontext als vorgeschlagen. Es ist aber nichts zu sehen. Solange das so ist, kann man ein solches Postulat auf gar keinen Fall abschreiben. Wenn das Postulat abgeschrieben werden soll, muss der Regierungsrat erst liefern – allenfalls eben in einem Kontext, wo das Thema (nach Meinung der anderen Parteien) besser aufgehoben ist.

Sieben Jahre sind eine lange Zeit, attestiert **Andi Trüssel** (SVP). Das Glas ist aber halb voll. In den letzten sieben Jahren ist viel passiert. Man kann die Statistiken anschauen, wie die Bevölkerung zu-, der CO₂-Ausstoss aber abgenommen hat. Auch der Energiekonsum ging zurück. Welches Problem hat man denn? Es existiert nicht wirklich. Die Technik arbeitet in die Richtung, dass man den CO₂-Ausstoss herunterbringt. Die SVP ist für die Abschreibung des Postulats.

Klaus Kirchmayr (Grüne) nimmt die Frage auf, welches Problem man denn habe. Es geht zu langsam – das ist das Problem. Das ist kein Spleen der Grünen; es ist offiziell festgestellt und mittlerweile breit akzeptiert, dass die Massnahmen, die man aufgegleist hat, zu langsam vor sich gehen. Es ist Andi Trüssel recht zu geben: Der technische Fortschritt hat in der Tat einiges geleistet und die Politik teils weit überholt. Wenn man etwa sieht, was in der Automobilindustrie bezüglich Antriebe geht, so kann man heute schon sagen: Was der Bundesrat sich auf die Fahne geschrieben hat, ist de facto bereits Makulatur, bevor es in Kraft gesetzt wird. Die Politik und das Gemeinwesen müssen endlich auf die gleiche Geschwindigkeit kommen, wie sie beim technischen Fortschritt festzustellen ist. Im Moment steht die Politik eher auf der Bremse, als dass der technische Fortschritt sich voll entfalten könnte. In diesem Sinne muss man das Datum des Vorstosses anschauen: Philipp Schoch hat 2013 mit einer gewissen prophetischen Wirkung die richtigen Massnahmen gefordert. Leider hat die Politik, insbesondere im Baselbiet, den Ball nicht aufgenommen. Darum ist nicht zu erkennen, warum der Vorstoss abgeschrieben werden soll.

Auf die Gefahr hin, dass sich **Markus Graf** (SVP) in seiner Fraktion exponiert (er vertritt eine andere Haltung als diese): Der Vorstoss zeigt klar, wie träge die Verwaltung ist. Man muss es klipp und klar sagen: Das ist schade. Wenn ein neuer US-Präsident gewählt wird, wechselt auch die ganze Verwaltung. Das ist vielleicht das Problem: Es sind seit Jahr und Tag die gleichen Leute am Ruder, die immer noch die gleichen Vorstellungen haben. Da nützt auch – deutsch gesagt – ein grüner Regierungsrat nichts.

Hanspeter Weibel (SVP) ist vom Herumgeheule vorallem der Grünen etwas irritiert. An Klaus Kirchmayr gerichtet (der nicht persönlich wegen des Geheules angesprochen sei): Es ist noch nicht lange her, dass der Landrat die Motion betreffend «Ladestationen für Elektromobile» behandelt hat. Das wurde abgelehnt. Auf Nachfragen hin hiess es, man wolle gar keine Mobilität; man solle zu Fuss gehen oder das Velo benützen. So kann man auch versuchen, Politik zu machen: Man wirft ihr immer wieder vor, sie behindere die Dinge – selber aber steht man an der Front der Behinderung, wenn es um den Fortschritt geht. Das Postulat kann man problemlos abschreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 59:22 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat 2013/369 abgeschrieben.